

Kassung sei geschehen. „augencheinlich“ deshalb, weil inzwischen die während der Krise des Winters 1912/13 durchgeführte regelmäßige Berichterstattung des großen Generalstabes über die militärischen Vorgänge in Russland eingestellt worden war. Sowohl dieses „augencheinlich“ als auch überhaupt die Tatsache, daß eine derartige wichtige politische Berichterstattung, die zweifellos eine politische Zurechtweisung des Auswärtigen Amtes bedeutete, mit der Einstellung einer laufenden Berichterstattung entschuldigt werden soll, sind typische Zeichen Montigelascher Forschungsmethode. Wenn die Gegenseite solche Manöver unternommen würde, wenn sich beispielsweise Kautsky eine derartige Beweisführung würde zu schulden kommen lassen, so würde Herr Graf Montigelas der erste sein, der ein lautes Geschrei über Verwischung der Tatsachen und Verjagung der Zurechtweisung erheben würde.

Was nun die französisch-russische Militärkonvention anbetrifft, so können wir dem Grafen Montigelas verraten, daß er mit seiner Auslegung, die Artikel 2 und 3 derselben seien praktisch gleichbedeutend mit einer vertraglichen Festsetzung, daß Mobilmachung gleich Krieg sei, ziemlich allein auf weiter Flur stehen dürfte. Es hilft ihm auch nichts, wenn er aus Berichten französischer und russischer Generale Sätze herausschneidet, um zu beweisen, daß sie der Auffassung seien, Mobilmachung sei gleich Krieg. Denn darum handelt es sich nicht. Es handelt sich darum, ob der russische Befehl zur Mobilisierung gleichzeitig als Befehl zur Eröffnung der Feindseligkeiten aufzufassen sei. Das war nach der Zurücknahme dieses ursprünglichen Beschlusses nicht mehr der Fall. Daran ändern auch nichts die militärtechnischen Diskussionen, inwieweit nach erfolgter Mobilmachung die Eröffnung der Feindseligkeiten überhaupt noch zu vermeiden sei. Befehl oder nicht. Darum handelt es sich. Und dieser Befehl bestand nicht und war auch nicht etwa durch das französisch-russische Militärabkommen ersetzt worden. Daß der deutsche Generalstab diese Tatsache dem Auswärtigen Amt verschwiegen hat, ist eine schwere, in ihrer Tragweite kaum zu ermessende Schuld des Generalstabes, und jeder, der diese Schuld des Generalstabes durch alle möglichen Manipulationen zu verwickeln sucht, macht sich damit dieser Schuld teilhaftig.

## Sie lechzen nach Arbeiterblut.

In den Auseinandersetzungen, die in der Presse und im Parlament im Anschluß an die Ermordung des Genossen Gareis stattgefunden haben, haben sich die Reichspostarbeiter gar sehr darüber entzündet, daß man den Mord den nationalsozialistischen Heeren auf Konto schreibt, obwohl man angeblich gar keinen Anhalt über die Person des Mörders hat. Nun ist zwar genügend bekannt, daß die zahlreichen politischen Morde besonders in Bayern von bestimmten schwarzen Bänden vorbereitet und durchgeführt worden sind, aber die Reaktionen hoffen, daß es dank der vorzüglichen Organisation der Verbinderbände nicht gelingen wird, die Mörder zu ermitteln. Deshalb lägen sie frech drauf los und mimen obenrein noch die Entrüsteten. Es ist darum ganz nützlich, an der Hand von Beispielen zu zeigen, wie von der reaktionären Sippschaft immer wieder in mehr oder weniger offener Weise um Mord politischer Gegner aufgefordert wird und welche Pogromstimmung dadurch erzeugt wird. Wir geben deshalb heute die folgenden Musterbeispiele politischer und moralischer Verwilderung jener Kreise wieder.

Im Heimatländ, dem sogenannten unparteiischen Blatt der bairischen Einwohnerwehren, dem Organ des Vertriebspräsidenten, besand sich vor kurzem ein mit „Schmiedmaier“ gezeichneter Artikel, in dem in der würdevollen Weise auf die ungeliebte Reichsregierung und die Reichstagsmehrheit geschimpft wird. Den „Höhepunkt“ des Artikels stellt der folgende Satz dar:

„Ja, ... Schmiedmaier, du eine ruhige Natur vor Wegenein auf, und mein launiger Charakter verbietet mir jede Freude am Blutverguß und legalen Hängejopfen. Aber auf diese regierenden Reichsadultaten und Chefredakteure, auf diese diätenbewußten Parlamentsgewerkschaffler und Parteijababerer habe ich und noch Tausende richtiger deutscher Männer und Frauen einen solchen Zorn, eine solche Wut, daß mich bei Eintritt einer Vereinerungskriegsstimmung leicht meine angeborene Gemütsmilch in Schlage lassen könnte und ich imstande wäre, eine ganze Fraktionsoffiziere dieser Rassenmülllinge am Reichseruber, dieser wirklichen und wahren Maulwürfe unfres Reiches, in den Jagatklümmungsbock zu spannen und verkehrt an irgendeinem Staatsgebäudebalke oder Fensterrahmen aufzuhängen.“

In ähnlicher Weise hehen Blätter vom Schlage des berühmten Mesobader Anzeigers, dem Liebblingsblatt des bairischen Ministerpräsidenten Kahr, seit längerem. Es ist deshalb kein Wunder, wenn in den Kreisen, die mit solcher geistigen Kraft gefüllter werden, eine richtige Pogrom- und Mordstimmung gegen politische Andersdenkende erzeugt wird. Als Beweise dafür seien zwei Beispiele aus dem Freistaat Braunschweig angeführt. In Braunschweig bestehen drei geheime Verbände militärischer Art, die alle von der Orgesch finanziell und zum Teil auch organisatorisch abhängig sind. Ihre Namen sind „Selbstschutz“, „Stahlhelm“ (Bund der Frontsoldaten) und „Braver Hendrich“. Der Geist, von dem diese Organisationen befeuert sind, geht aus den folgenden bekannt gewordenen Tatsachen hervor:

1. Am 30. März d. J. fand bei Professor Ausfeld eine Oberführer-Versammlung des „Selbstschutz“ statt, in der unter anderem über die Lage in der kommunistischen Partei Bericht erstattet wurde. Von einer Seite wurde zu größter Vorsicht gemahnt, worauf der Führer des Stogtrupps Erich Gessers, Ottmerstraße 5, erklärte, „man solle der Gesellschaft die Köpfe klug schlagen und sie alle an die Wand stellen, Dertter, Junke und Buchteritzchen dazu.“ (Dertter und Junke sind Minister, Buchteritzchen ist der Posthelfpräsident. Alle drei sind Sozialisten, D. Red.)

2. Am 2. Juni d. J. fand eine vorwiegend von Studierenden unserer Hochschule besuchte Versammlung des „Stahlhelm“ statt, in der im Anschluß an einen Vortrag des Vorsitzenden, Kaufmann Willi Heienhaut, Helmstedter Straße 30, nationalsozialistische und antisemitische Verhöhnung getrieben wurde. Nach Schluß der Versammlung trat ein Student die bezeichnende Aeußerung, „wenn er den Minister Dertter zu fassen bekomme, so werde er ihm ohne weiteres falkmagen.“ Auf Vorhalt eines anderen Versammlungsteilnehmers, daß er dadurch doch der Sache nur schade, meinte er, „das sei ihm ganz egal, jedenfalls habe er dann aber den Ruhm für sich, Dertter unschädlich gemacht zu haben, und man werde ihn wegen dieser Tat abendrein noch feiern.“

Das sind nur einige wenige aufs Geratewohl herausgearbeitete Beispiele, die den entsetzlichen geistigen und moralischen Tiefstand dieser Kreise zeigen. Das ist die Atmosphäre, in der die politischen Attentate entstehen, denen jetzt nach vielen andern unser Genosse Gareis zum Opfer gefallen ist.

In diesem Zusammenhang sei auch noch eine Stelle aus einem Artikel des Münchener Korrespondenten der deutschnationalen Kreuzzeitung wiedergegeben. Es heißt dort:

„Wird der sogenannte Ausnahmezustand aufgehoben, unter dem sich bisher der Wille der Staatsregierung, die Ruhe und Sicherheit aufrechtzuerhalten, glänzend bewährte, so mag es wohl sein, daß bevorstehende Tage kommen. Aber die Novembertage 1918 und die Apriltage 1919 sind vorüber. Haben die Geister und die Arme aufeinander, so mag es wohl blutige Kämpfe geben. Aber es fragt sich nur, auf welcher Seite in größerer Zahl.“

Auch aus dieser Aeußerung des Kampforgans „für König und Vaterland“ geht hervor, wie die reaktionäre Gesellschaft nach dem

Mute der Arbeiter und ihrer Führer geradezu lechzt. Geradezu lechzt es, wenn diese selbige Sippschaft dann die Verantwortung für die dieser wüsten Hehe entstehenden politischen Morde von sich abzuwälzen sucht. Die Arbeiterklasse aber mag aus diesen Vorgängen die Größe der Gefahr erkennen, die ihr droht, wenn es der Reaktion gelingen sollte, auch noch die politische Macht wieder in ihre Hände zu bekommen.

## Der 5. deutsche Städteitag.

Die diesjährige Tagung des deutschen Städteitages unterzeichnet sich gegenüber den früheren Tagungen dadurch, daß zum ersten Male Vertreter des Proletariats in größerer Anzahl vertreten sind. Diese Vertreter verschiedener sozialistischer Richtungen, USV., SPD. und KPD., vertreten je nach ihrer Parteiauffassung die Forderungen des Proletariats, während die Vertreter der alten Tradition des Städteitages sich selbstverständlich nur in bürgerlichen Gedankengängen bewegten. Diese bürgerlichen Vertreter predigten Sparsamkeit auf allen Gebieten in den Gemeinden.

Der erste Referent, Dr. Luther-Essen verlangte Einschränkungen der Schulen, Erhöhung der Klassenfrequenz, Schulzusammenlegungen, Ausdehnung der Pflanzschulen für die Lehrer und anderes. Diese Auffassung fand bei den Vertretern des Proletariats heftigen Widerspruch. Für die USV.-Fraktion brachte diesen Protest Genosse Sager-Leipzig als erster Redner zum Ausdruck, er wurde dann noch unterstützt von den Genossen Leid-Berlin, Frau Dr. Weill-Berlin und Liebmann-Leipzig. Genosse Sager brachte die folgende Resolution ein:

Der 5. deutsche Städteitag steht in den Beschlüssen des Reichstages über die Aufhebung der Getreideverteilung und die Einschränkung der Umlagemenge auf nur 2½ Millionen Tonnen eine schwere Gefahr für die Gemeinden in finanzieller und sozialer Hinsicht, vor allem aber eine schwere Gefährdung der Lebenslage der Lohn- und Gehaltsempfänger sowie der Sozialrentner.

Er fordert von der Reichsregierung, daß sie den Gemeinden soviel Getreide zur Verfügung stellt, daß das bisherige Proletquantum pro Person und Woche für die ganze Uebergangszeit hindurch zu dem bisherigen Preis behauptet werden kann. Deshalb fordert der Städteitag von der Reichsregierung Zuzuschüsse zum Preis der Getreide für die Gemeinden.

Bezeichnend für den Geist, der den Städteitag beherrscht, ist, daß es der Städteitag mit Mehrheit abschlechte, diese Resolution zu behandeln. Die bürgerliche Mehrheit wollte keine Stellung zu dieser für die großen Städte außerordentlich wichtigen Frage nehmen. Die Stellung des Städteitages zu der Lage der deutschen Städte zeigt folgende, vom Vorstand des Städteitages vorgelegte Resolution:

Der deutsche Städteitag erkennt die dringende Notwendigkeit weitgehender Einschränkungen aller Ausgaben der Gemeindeverwaltungen an, er warnt seine Mitgliedsstädte eindringlich vor verhängnisvoller Anteilewirtschaft. Die eigenen Einnahmehemmnisse sind aufs Härteste auszunutzen. Reich und Länder müssen aber den Gemeinden die Einnahmequellen belassen und zuweisen, deren sie zur Erfüllung unabwiesbarer Kulturaufgaben bedürfen.

Die Stellung der USV. kam in folgender Entschließung ihrer Fraktion zum Ausdruck:

Zum ersten Male ist dieses Jahr auf einem deutschen Städteitag die arbeitende Bevölkerung der deutschen Städte stärker vertreten. Diese stärkere Vertretung ist erst möglich geworden durch die Resolution, die mit der Befreiung der Klassenrechte den Einfluß des Proletariats auf die Gemeindeverwaltungen vergrößert hat.

Dieser Einfluß entspricht aber durchaus noch nicht der Bedeutung des Proletariats in der Gesellschaft, im Staat und in den Gemeinden. Dafür liefern die Verhandlungen des 5. deutschen Städteitages den besten Beweis.

Alle Entschließungen, die zur Beschlußfassung vorgelegt werden, sind vorbereitet ohne Hinzuziehung eines der auf dem Städteitag anwesenden Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie, die namhafte Teile der Arbeiterklasse auch auf dem Gebiete der Kommunalpolitik vertritt.

Unter diesen Umständen ist es den Angehörigen der unabhängigen Sozialdemokratie auf dem Städteitag außerordentlich erschwerend, ja teilweise unmöglich gemacht, ihre Stellung zu den Entschließungen darzulegen. Die Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie, die auf dem 5. deutschen Städteitag anwesend sind, protestieren gegen die Entziehung einer Minderheit des Städteitages. Sie fordern uneingeschränkte Gleichberechtigung, die bis jetzt auf den deutschen Städteitagen und in seinen Organen nicht zu finden ist.

Diese Entziehung der Minderheit macht es den Mitgliedern der unabhängigen Sozialdemokratie unmöglich, der zum ersten Tagungsordnungsnummer vorgelegten Entschließung zuzustimmen; sie lehnt vielmehr die Aufforderung, alle Ausgaben der Gemeindeverwaltung einzuschränken, ausdrücklich ab. Ebenso entschieden wendet sich die USV. gegen die Aufforderung der Entschließung, die Einnahmehemmnisse aufs Härteste auszunutzen, weil das als eine Aufforderung zum Ausbau der indirekten Steuern aufzufassen werden muß.

Am Schluß des ersten Verhandlungstages kam es zu einem feindseligen Austritt, als der Unabhängige Dr. Freund-Nürnberg im Auftrag seiner Fraktion folgende Erklärung verlas:

Die unabhängige sozialdemokratische Delegation des Städteitages erklärt:

Wir bedauern aufs Lebhafteste, daß die von dem Vorsitzenden eingebrachte Resolution über Oberschleien, die eine hochpolitische Frage behandelt nicht so rechtzeitig vorlag, daß hierzu in der der Bedeutung der Sache würdigen Weise zuvor von allen Delegierten des Städteitages Stellung genommen werden konnte. Wir erblicken in der Resolution eine der typischen Ueberrumpelungs-Resolutionen, die einer wirklich parlamentarischen Geschäftsführung, wie sie der Vorsitzende in seinen einleitenden Worten ausdrücklich zugesichert hat, widersprechen.

Zur Sache selbst haben wir zu erklären, daß auch wir die Abwesenheit der Vertreter deutscher oberösterreichischer Städte bedauern. Im übrigen ist die Auffassung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zur oberösterreichischen Frage in deutlicher Weise in den zuständigen politischen Körperschaften durch unsere Vertreter festgelegt worden.

Die Entziehung der bürgerlichen Mehrheit richtete sich gegen die Kennzeichnung der Ueberrumpelungsresolution. Die Entwürfe machten ihrem Herzen dadurch Luft, daß sie erst aus Verbesserungsvorschlägen und dann dem entwürfenen Vorsitzenden schaft Reizall Notizen. Die Herren haben aber gleich am ersten Tag gemerkt, daß von jetzt ab ein anderer Geist auf den deutschen Städteitag eindringen wird.

## Der Vertrag von Trianon tritt in Kraft.

Paris, 24. Juni. Nachdem Japan den Friedensvertrag von Trianon ratifiziert hat, tritt dieser nunmehr in Kraft, da England und Italien ihn bereits vorher ratifiziert hatten und die Ratifikation durch drei Großmächte erforderlich ist.

Vierzig als zweieinhalb Jahre hat es gedauert, ehe dem Waffenstillstand, den Graf Michael Károlyi mit dem Befehlshaber der alliierten Truppen geschlossen hatte, nunmehr der endgültige Frieden zwischen Ungarn und den Alliierten gefolgt ist. Das

Inkrafttreten des Friedensvertrages wird an dem bisherigen Zustand nicht viel ändern. Die Verkleinerung des ungarischen Gebietes ist schon längst durchgeführt, bis auf Deutschweßungarn, das endlich dem stammverwandten Oesterreich zufallen wird. Bisher hat die ungarische Regierung allerdings nicht Miene gezeigt, das Burgenland — wie es jetzt wohl genannt werden wird — heranzugeben, es hat die Verhandlungen darüber mit der österreichischen Regierung immer wieder verschoben und erst in den letzten Wochen an die Hoffnung geklammert, die Entente werde Oesterreich zur Strafe für die Ausbelebungsmaßnahmen des Anspruchs auf Deutschweßungarn für verlustig erklären. Da aber der Beschluß des steierischen Landtags, am 2. Juli eine Volksabstimmung über den Anschluß in Deutschland abzuhalten, allgänglich gemacht wurde, werden der ungarischen Regierung alle Schachzüge nichts mehr nützen.

Andererseits tritt freilich nunmehr der Anspruch Ungarns auf das künstlichener Industriegebiet in Kraft, das bisher von Jugoslawien besetzt gehalten wurde, und dessen proletarische Bevölkerung sich begreiflicherweise heftig dagegen sträubt, der Segnungen des Horthy-Regimes teilhaftig zu werden.

Schließlich harret noch eine Bestimmung des Vertrages von Trianon der Ausführung: die Verringerung der Truppenstärke auf 30 000 Mann. Bekanntlich ist Ungarn zur Beibehaltung einer Offiziersklasse geworden, die mit Hilfe einer Soldateska von über 100 000 Mann eine wüste Militärökonomie aufgerichtet hat. Es ist bezeichnend für den Geist der Ententeregierungen, daß sie, obwohl sie es in der Hand gehabt hätte, die Militärökonomie abzubauen, dem Willen der Soldateska ruhig zusahen und im Gegensatz zu ihrem Verhalten gegenüber Deutschland und Oesterreich nicht auf Verringerung der Truppenstärke drängten. Nun wird man abwarten müssen, ob sie jetzt, nach dem Inkrafttreten des Vertrages, darauf bestehen werden.

## Post-Skandale.

Es scheint, als ob die Reichspostverwaltung Wert darauf legt, stets und ständig die reaktionärsten aller Verwaltungen zu bleiben. Nicht nur daß sie eine geradezu verkehrsfeindliche neue Staffelung der Fernsprechgelder vornimmt, die geradezu eine Prämie auf die Luxusbefehler von Telefonen darstellt, während sie die kleinen Konsumenten, die zu Erwerbszwecken ihr Telefon benötigen, schädigt, sie stellt auch den erhöhten Kosten immer geringere Leistungen gegenüber. In großen Landbestellbezirken hat sie die Sonntagsbestellung einfach ganz aufgehoben. Dadurch sind Zustände entstanden, die schon zu einer Anfrage im Reichstage geführt haben. Aber die Verkehrsfeindlichkeit steigt in immer größerer Maße. Die Reichspostverwaltung lehnt die Bewilligung neuer Kontingente für zu ermäßigten Preisen für führende Pressegespräche ab, und schädigt so auf das schwerste die Ausdehnung des deutschen Nachrichtenwesens. Der Verkehr in den Telefonämtern selber wird mit jedem Tage unerträglicher. Große Fernleistungen zeichnen sich durch dauernde Störungen aus, und es ist oft kaum möglich, mit dem beehrten Gebiet im Westen eine nur einseitig brauchbare Verbindung herzustellen. Die Reichspostverwaltung tut nichts zur Abschaffung dieser Mißstände. Zu ganz besonderer Mähe zeichnen sich die Beamtinnen des Berliner Fernsprechanstalt durch eine fast nicht mehr zu überbietende Unhöflichkeit und Rücksichtslosigkeit aus. Diese Erscheinungen sind einfach darauf zurückzuführen, daß die Reichspostverwaltung selber ihren Beamten den Geist der Abrechnung gegenüber allen Teilnehmern einimpft, so daß diese, wie das Reichspostministerium selbst, die Benutzung der Einrichtungen des Reichspostministeriums durch das Publikum als eine Befähigung, nicht aber als eine gegen Gebühren zu leistende Arbeit ansehen. Die Glasleistung besteht aber doch in der Tatsache, daß das Haupttelegraphenamt in Berlin sich kürzlich herausgenommen hat, einzelne Telegramme der Zentrale der KPD., die an die Organisationsstellen gerichtet waren und zum Protest gegen den Gareis-Mord aufforderten, einfach zu beschlagnahmen. Hölzer geht es wirklich nicht mehr auf der reaktionären Leiter, die der Herr Giesberts so dienstfertig bestetzt.

Fast scheint es, als sollte die Reichspost unter Herrn Giesberts eine noch reaktionärere Einrichtung werden, als unter den vorrevolutionären Postministern vom Schlage der Fobdicks und Stephan. Es wird deshalb notwendig sein, mit ihm im Reichstage einmal ein sehr ernstes Wort zu reden.

Ueber einen weiteren unerhörten Skandal im Reichspostministerium lesen wir in der Freiheit folgendes:

Der Postbote Mielich vom Postamt 39, zur Zeit in der Jungfernstädte Berlin, hatte sich auf seinem Postamt damit gebrüht, von dem Oberpostamt Warnke von der D.P.D. Berlin dazu eingesezt zu sein, die Postbeamten auf kommunalistische Umtriebe und Bergleichen zu bespitzeln. Dieses gelangte auch zu Ohren des Amtleiters des Postamts 39, des Postdirektors Buchholz. Dieser, ein überzeugter Republikaner und bei seinem Personal sehr beliebt, wollte keine Beamten vor solchen Spitzelereien schämen und verlangte von der D.P.D. die Verlegung des Postboten Mielich, da auch das Personal des Postamts 39 nicht mit einem Spitzel zusammenarbeiten wollte. Der Verlegung wurde aber nicht stattgegeben. Statt dessen wurde dem Postboten Mielich von der D.P.D. Berlin durch die Amtseinstellung des Postamts 39 ein Fragebogen zur schriftlichen Beantwortung vorgelegt. Die Fragen lauteten ungefähr folgendermaßen:

1. Sind Sie von dem Oberpostamt Warnke dazu eingesezt, der D.P.D. Mitteilungen über kommunalistische Umtriebe und Bergleichen zu machen?  
Antwort des Mielich: „Ja.“

2. Erzählen sich diese Ermittlungen nur auf das Postamt 39 oder im allgemeinen?  
Antwort: „Im allgemeinen.“

3. Wie waren die Berichte abgefaßt und in welcher Form haben Sie der D.P.D. Mitteilung gemacht?  
Mielich verweigert hierüber die Auskunft und ist nur bereit, im Beisein des Präsidenten Genske und des Oberpostamts Warnke hierüber Auskunft zu geben.

4. Haben Sie bereits Beamte bei der D.P.D. angezigt und wen?  
Antwort: „Ja, den Postboten Müller als Mitglied der KPD.“

Auch auf diese schriftlichen Angaben hin wollte die D.P.D. die Verlegung des Mielich nicht versagen. Dem Beamten aus Buchholz und Reichsrat des Postamts 39 gelang es ebenfalls nicht die Verlegung durchzuführen.

Eine begreifliche Erregung hatte sich bereits unter dem Personal des Postamts 39 bemerkbar gemacht und es bestand die Gefahr einer ernstlichen Störung des Dienstbetriebs, wenn der Mielich nicht schleunigst von dem Amt entfernt würde. In ihrer Bedrängnis wandten sich daher die Vertreter der Beamten und Posthelfer des Postamts 39 an den Berliner Bezirksvorstand des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten. Dieser nahm sich der Angelegenheit sofort an und veranlaßte den Präsidenten der D.P.D. Berlin, der Verlegung nunmehr zuzustimmen.

Zu all den anderen skandalösen Zuständen im Betrieb der Reichspostverwaltung kommt also auch noch die Spitzelwirtschaft. Es wird allerdings die höchste Zeit, daß nun bei der Reichspost endlich einmal eine gründliche Reform durchgeführt wird.